

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Wochen-Dienste 10.00 M. im Voraus zu zahlen, von der Spedition selbst abgeholt 8.50 M. für Postversand nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Zustellung bringen für Deutschland und Österreich 1.50 M., für das übrige Ausland 2.50 M. jährlich. Postamtliche Zustellung per Brief für Deutschland und Österreich 30.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Karl Norden 833-36 und 9768.

Die abgesetzte Honorargebühr oder deren Restbetrag 2.- M. einschließlich Druck- und Verlagskosten. Keine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Druck- und Verlagskosten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 5.00 M. netto pro Seite. Stützengeld in Wertangelegenheiten: das festgesetzte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 13 Fernsprecher: Karl Norden 833-36, Buchhandlung Zentrum 2616 „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Knecht folgt seinem Herrn.

Die Kassen verlassen das sinkende Schiff.

Herr Bernhard Kausch, Zivilreferent im Reichswehrministerium, hat seinen Posten niedergelegt und diesen Schritt in einem längeren Schreiben an den Unterstaatssekretär Stöck begründet. Herr Kausch, der bis zum 18. März mit Noske durch dick und dünn gegangen ist und jede von diesem gegen die Arbeiterfront verübte Schandtat journalistisch zu rechtfertigen verstand, versucht in seinem Schreiben, die Noskepolitik noch einmal zu verteidigen, wobei er allerdings doch die Einkürzung machen muß, daß der Einfluß, den Noske den reaktionären Offizieren in der Wehrmacht sicherte, sich als verhängnisvoll erwiesen habe. Herr Kausch gesteht dann ein, daß sich nach dem 18. März nichts geändert habe. Im Gegenteil, es sei alles noch viel schlimmer geworden. Dann schreibt er förmlich:

Es ist heute schlimmer als je zuvor. Gewiß gibt es in der Truppe und namentlich im Reichswehrministerium eine ganze Anzahl einsichtsvoller, loyal denkender Offiziere, die hohe Achtung und absolutes Vertrauen verdienen. In der Masse sind sie aber weiße Raben und bedeutungslos gegenüber der geschlossenen Phalanx einer bewußten staatsfeindlichen Reaktion und eines großen Offiziersdekadenzes, der besonders in der Truppe selbst heute freier auftritt, als je zuvor. Aus zahlreichen Einzelerfahrungen bin ich zu der Erkenntnis gelangt, daß verfassungstreue, republikanische Elemente nun erst recht, konsequent und zäh, in bewußter oder unbewusster Solidarität aus der Reichswehr emigrieren werden, und daß demgegenüber die Bestrafungen zur Zeit so gut wie machtlos sind. Den Leuten, die zu ihr kommen, muß ich immer wieder sagen, daß ich ihnen wenig helfen kann. Noch jetzt, sechs Wochen nach dem Kapp-Putsch, werden die wegen ihrer verfassungstreuen Haltung schikanierten und geschädigten Unteroffiziere und Mannschaften innerhalb des Ministeriums von einer ihrer Stellen losgerissen. Bei der Amalgamierung des Ministeriums hat man sie nicht beteiligt und ihre Vorschläge übergegangen. Der sich aus den Verhältnissen natürlich ergebende Plan, dem parlamentarischen Staatssekretär, als einer politischen Stelle, das Aufklärungs- und Parierorgane zu übertragen, ist gänzlich unter dem Tisch gefallen.

So geht es nicht weiter! Die Reichswehr, namentlich ihr Offizierskorps, ist durch die reaktionäre Presse und die deutschnationale Truppenagitation maßlos verhetzt, und bei der traditionellen politischen Umdeutung des Durchschnittsoffiziers ist jetzt nichts notwendiger als eine konsequente staatsbürgerliche Aufklärung und Erziehung der Wehrmacht. Auf diesem Gebiete geschieht aber so gut wie nichts, oder, was noch schlimmer ist, es wird der in den Händen von Offizieren liegende vom Kriege her berufener vaterländische Unterricht fortgesetzt. Wenn die Dinge so weiter laufen, dann ist die Reichswehr in kurzer Zeit eine deutschnationale Prätorianergarde. Wie gehen zugrunde, wenn nicht der Einfluß staatsfeindlicher Reaktionen, die sich seit und zähe an ihre ausschließliche Machtstellungen klammern, in der Reichswehr gebracht wird. Kaputt geht und Vertrauen wird als Angst und Schwäche ausgelegt. Die außerordentliche Zeit erfordert außerordentliche Mittel, namentlich auch Sicherungen dagegen, daß die Masse der Unteroffiziere und Mannschaften in einer falschen Anwendung des Disziplinbegriffes gänzlich schußlos mit ihrer ganzen Erziehung jenen Elementen ausgeliefert bleibt, die der beschriebenen Staatsordnung abgeneigt oder feindselig gegenüberstehen und die in ihren Händen liegende Macht oft genug zum Nachteil der Republik mißbrauchen.

Unter den jetzigen Verhältnissen bin ich nicht gekommen, eine Verantwortung für Dinge mitzutragen, die nicht zu verantworten sind, und den Schein eines sozialdemokratischen Einflusses im Reichswehrministerium aufrecht zu erhalten, der tatsächlich nicht vorhanden ist. Trotz des Bedenkens, daß mein Rücktritt eine weitere Schwächung unserer ohnehin schwachen Position bedeutet, glaube ich doch, daß ein klares Aussprechen dessen, was ist, und eine reinliche Scheidung in der gegenwärtigen Situation der Sache am förderlichsten.

Dieses Schreiben zeigt deutlich die Größe der Gefahr. Die Reichswehr ist ein ausgeprägtes Werkzeug der deutschnationalen Verschwörer geworden. Sie kann jeden Tag zum Hauptschlag gegen den Bestand der Republik ausfallen. Herr Kausch, der Noske bei der Bildung dieser reaktionären Wehrmacht jeden erdenklichen Dienst leistete, bekommt jetzt das Grauen vor seinem eigenen Werk. Der Herr ist zum Abgang gezwungen worden, der Knecht folgt freiwillig nach. Aber es soll hier ganz deutlich ausgesprochen werden: Nicht Noske und Kausch, sondern die ganze rechtssozialistische Partei ist für die Katastrophe verantwortlich, vor die die deutsche Republik durch seine Wehrmacht gestellt wird. Mögen sich Noske und Kausch aus der Schlinge zu ziehen versuchen, die Partei, in deren Auftrag sie ihre antirepublikanische Militärpolitik betrieben haben, ist für alle Zeiten mit der Schuld beladen, das Schicksal der arbeitenden Klasse an die konterrevolutionären Militärs bewusst und planmäßig vorzutragen zu haben.

Die Putschgefahr.

Die Nachrichten über einen bevorstehenden Putsch der Rechtsparteien verdichten sich immer mehr. Wir sind nicht in der Lage, die einlaufenden Meldungen auf ihre Richtigkeit im einzelnen zu prüfen, sie ergeben aber in ihrer Gesamtheit, daß eine neue Erhebung gegen die Republik geplant ist und daß diese Erhebung über kurz oder lang erfolgen kann. Die Renamierungen von Truppen, die dauernde Verschiebung von Waffen und Munition, das systematische Hinausdrängen aller republikanisch gesinnten Elemente aus der Wehrmacht beweisen im Zusammenhang mit den Drohungen der Rechtsparteien, daß die Organisation der Gegenrevolution bereits eine sehr feste Form angenommen hat und zum Losschlagen bereit ist. Es liegen ganz bestimmte Pläne vor, nach denen verfahren werden soll. Die geplanten Operationen werden, wenn sie ausgeführt werden sollten, nicht wieder von der Reichshauptstadt ausgehen, sondern es ist beabsichtigt, zuerst das flache Land — Bayern, Pommern, Ostpreußen und Schlesien — in Besitz zu nehmen, die Städte also zu gerieren und sie durch Hunger zur Übergabe zu zwingen. Die Ende der vorigen Woche vom „Vorwärts“ aus Frankfurt a. O. gebrachte Nachricht über die Pläne der Verschwörer im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. werden jetzt von vertrauenswürdiger Seite auch und bestätigt. Der Putsch soll mit der Verhaftung sämtlicher Führer der N.S.D., der S.P.D. und des Republikanischen Führerbundes beginnen. Die Namen und Adressen der zu verhaftenden Personen sind bereits festgelegt. Wie uns weiter gemeldet wird, sollen auf den Gütern die Stabsquartiere für die Leiter der Operationen schon gemacht worden sein. Waffen stehen reichlich zur Verfügung, es fehlt aber noch an Munition, doch hofft man diese von den Grenzschutzformationen an der polnischen Grenze zu erhalten, da diese sehr reichhaltig versehen sind.

Die Regierung wiegt sich, wie vor dem 18. März, in Unwissenheit. Secki und Schler reisen im Lande herum und geben durch die Telegraphenbureaus Berichte weiter, daß alles in bester Ordnung sei. Die Truppenführer versichern der Regierung ihre Loyalität, aber auf diese Zusicherungen kann und darf die Arbeiterklasse kein allzu großes Gewicht legen. Der Abgang des Hochbetagten Kausch aus dem Reichswehrministerium, wodurch wir an anderer Stelle berichten, zeigt mit aller Deutlichkeit, wie ernst die Lage geworden ist, zeigt uns vor allem, daß sich die Republik auf ihre Wehrmacht heute noch weniger verlassen kann als vor dem 18. März. Wenn die Regierung nicht von Gott und allen Teufeln verlassen ist, dann kann sie in vielleicht letzter Stunde das Urheil nur noch dadurch abwenden, daß sie ihre den Gewerkschaften gegebene Zusicherung sofort in die Tat umsetzt und die organisierte Arbeiterschaft zum Schutze der Republik planmäßig bewaffnet. Auf die Wehrmacht ist absolut kein Verlaß. Und nur auf die organisierte Arbeiterschaft kann sich die Republik stützen, wenn sie mit dem Untergang bedroht wird.

Die rechtsstehende Presse, die die Putschpläne der Militärs natürlich sehr genau kennt, treibt ihre Verkleinerungspolitik weiter, indem sie die Absichten der Militärs verschweigt und dafür um so schrecklicher jeden Tag aufs neue die Gefahr eines Putsches von links in aller Farben an die Wand malt. Demgegenüber betonen wir mit aller Deutlichkeit, daß die Arbeiterschaft nicht im geringsten daran denkt, sich gewaltsam zu erheben, um damit die Weisheit der Staatsräson zu befragen. Alle Nachrichten, die das Gegenteil behaupten, sind die Phantasieprodukte bezahlter Spione.

Die Angestellten und die Reichstagswahlen.

Die Parteien der mehr oder minder ursprünglichen Reaktion, von den Verfechtern der Ebert-Noske-Demokratie bis zu jenen „Volksparteien“, die sich im Schmutz des Knüttel-Antifeminismus wälzen, unerschrocken im Wahlkampf mit besonderem Eifer die Angestellten. Sie sind eine breite Schicht und haben viele Stimmen abzugeben. Da Wahlstimmen als eine billige Ware gelten, die mundfertige Demagogen für leere Versprechungen erwerben können, so kürzt man sich auf der ganzen Linie in erhebliche Kosten. Das bestehende Bürgertum erklärt sich völlig solidarisch mit den Angestellten und billigt ihnen jene gesellschaftliche Gleichstellung mit den „Geldboten“ zu, die dem Arbeiter stets verweigert bleiben wird. Allen voran schreiten die Demokraten, die sich als die berufene Vertretung der „demokratisch fühlenden Mittelschichten“ anpreisen.

Vor dem Kriege hatte man das Wort vom neuen Mittelstand erfunden. Die ständig zahlreicher werdende Schicht der industriellen und Handelsangestellten und ihre Bewegungen wurden mit wachsamem Auge verfolgt. Unternehmer, Regierung und Bureaucratie waren sieberhaft bemüht, zwischen Arbeitern und Angestellten einen klaffen Trennungsschritt zu ziehen. Was die große Zahl der Angestellten damals noch nicht wußte, das haben sie voraus: daß Arbeiter und Angestellte, in Solidarität vereint, erst jene Macht dem Unternehmertum gegenüber bilden würden, die in Wahrheit unüberwindlich ist. Regierung und bürgerliche Parteien taten alles, was sie nichts kostete, um das „Standesbewußtsein“ der Angestellten zu nähren. Sie machten ein besonderes Arbeitsrecht und eine eigene soziale Versicherung für die Angestellten und täuschten so eine soziale Sonderstellung der Angestellten gegenüber den Arbeitern vor, um dafür in puncto Ausbeutung eine Sonderbehandlung der Angestellten um so weniger nötig zu haben, es sei denn, daß die Ausbeutung die Angestellten noch weit schärfer und rücksichtsloser traf als die Arbeiter. Und sie alle taten das erstaunt und puterrot entrüstet, als Angestellte es wagten, sich gewerkschaftlich zu organisieren und das Streikrecht auch für sich in Anspruch zu nehmen.

Anfangs waren es nur kleine Scharen von Angestellten, die zur Erkenntnis der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes gekommen waren. Durch Krieg und Revolution sind inzwischen auch die freien Gewerkschaften der Angestellten zu Massenorganisationen angewachsen — den Organisationen der Arbeiter nicht nur an Zahl der Mitglieder und an Einsicht in die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes ebenbürtig, sondern ihnen auch verbunden durch gleiche Taktik und gemeinsames Ziel.

Das Unternehmertum ringt die Hände. Es erkennt, daß die Verhärfung, die die Macht der „Arbeitnehmer“ durch erfährt, weit hinausgeht über den rein zahlenmäßigen Zuwachs an entschlossenen Kämpfern. Der ideale Gewinn an Stärkung des Selbstbewußtseins bei den arbeitenden Massen, der die Folge dieser neuen Solidarität der beiden großen Gruppen ist, erdient ihnen mit Recht weitens gefühlvoller, denn dadurch ist der Breihsack zwischen Unternehmern und Arbeitern, den die Angestelltenherrschaft darstellte, gefallen. Alle Vorhiebe gegen das Unternehmertum müssen nun, da sie von Angestellten und Arbeitern gemeinsam und in gleichem Geiste geführt werden, heftiger wirken und erfolgreicher enden als zuvor.

Aber alles das möchte noch hingehen, wenn der Kampf der Arbeitnehmerschaft nur um Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen geführt werden würde. So notwendig diese Kämpfe auch sind, und so bedeutungsvoll ihre Erfolge für die materielle Verbesserung der Arbeitenden sein mögen — das Unternehmertum steht ihnen doch verhältnismäßig feindlich gegenüber, denn es hat eine Taktik ausgebildet, die es den organisierten Industriellen erlaubt, alle diese Stöße aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß sie nicht die Wurzel der Herrschaft des Kapitals zu treffen vermögen. Es ist darum durchaus lohnlich und notwendig und im besten Sinne des Wortes revolutionär, daß die Gewerkschaften in der sozialistischen Revolution den Kampf um Forderungen ideeller Natur, um das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, mit verhärfstem Nachdruck führen und es ist nur zu beklagen, daß die wahnsinnige Preisgestaltung bisher allen viel Kraft für den Lohnkampf in Anspruch genommen und zu wenig Raum gelassen hat für den Kampf um das Mätracht. Hier wird der Gewerkschaftskampf dem Kapitalismus unmittelbar gefährlich. Ein besonderer Kern im Auge ist dem Unternehmertum aber die energiegelbe Le...

teilligung der organisierten Angestellten in diesem Kampfe.

Das Unternehmertum stellt den Angestellten im Betrieb die Aufgabe, den Arbeitern als Vorgesetzte und Vertreter des Kapitalismus gegenüberzutreten und sie in ihre von Gott gesetzten Untertanenbeschränkungen zurückzuweisen. Dieser Bütteldienst ist der Sinn der sozialen Sonderstellung, die man den Angestellten zuweist. Wie können aber die Angestellten die Autorität des Unternehmers im Betrieb wahren, wenn sie gemeinsam mit den Arbeitern in den Betriebsräten diese Autorität antasten? Sie sollen das Profitgeheimnis, schamhaft Betriebsgeheimnis genannt, vor den beghehlichen Augen der Massen hüten helfen. Wie vermögen sie das, wenn sie mit Hilfe eines sozialistisch orientierten Mitbestimmungsrechts selber daran gehen, es zu lüften? Die Angestellten sind es, die durch ihre intimen Kenntnisse den Betriebsräten die wichtigsten Waffen gegen das Ausbeutertum in die Hand geben. Ihre Köpfe sollen für das Profitinteresse denken. Wie aber können sie diese ehrenvolle Pflicht erfüllen, wenn sie als sozialistische Gewerkschafter und Betriebsräte gemeinsam mit den Arbeitern dazu übergehen, die Betriebsgestaltung bestimmend zu beeinflussen im Sinne einer Wirtschaftsförderung, die den Bedarf der Gesellschaft und nicht die Profitgier der Unternehmer für die Produktion maßgebend sein lassen soll? Kurz: alle Heiligher des Kapitals sind von profanen Händen bedroht, und die Hüter des Staats erheben sich selbst gegen den Gott. Das ist Tempelschändung, Meuterei, Hochverrat!

Darum richtet sich der kommende Horn der Unternehmer und aller politischen Priester der heiligen Stätten des Kapitals mit besonderer Wildheit gegen die Angestellten. Teils lockend, teils drohend sucht man sie zurückzuführen zur Untertänigkeit vor dem Kapital. Als die Angestellten im März und April vorigen Jahres ihre ersten großen Kämpfe um das Mitbestimmungsrecht führten, da stand die ganze bürgerliche Welt mit Einschluß der Staatsgewalt gegen sie. Die Bourgeoisie geriet von Sinnen. In die Klassenbewegung Arbeiterklasse hielt treu zu den kämpfenden Angestellten.

Wieder zum Vollbesitz der politischen Macht gelangt, mußte die kapitalistische Bourgeoisie ihren Einfluß auf Gesetzgebung und Staatsgewalt zunächst, um alle erkämpften Rechte der Angestellten zu beseitigen und die Erweiterung weiterer Rechte durch das Betriebsrätegesetz aufzuhalten. Die in diesem Gesetz durchgeführte Trennung der Angestellten von den Arbeitern ist der letzte Versuch der Unternehmer und ihrer politischen Stützen, das drohende Unheil abzuwenden, das der Selbstherrschaft der Unternehmer durch das Räterecht droht, und die Betriebsräte zu erhalten — mit Unterstützung der gedrückten Angestellten. Viel mehr als gegen die Arbeiterklasse richten sich diese Kämpfe des Unternehmertums gegen die Angestellten. Verrat im eigenen Lager der Angestellten kam den bürgerlichen Fraktionen zu Hilfe. Aber auch den Rechtssozialisten, die sich als Vertreter von Angestellten und Arbeitern betradten, gelang es nicht, ein handfestes und wirksames Mitbestimmungsrecht durchzusetzen. In einer Koalition mit den Demokraten, den gefährlichsten Feinden des Sozialismus und des Betriebsräterechts, den treuesten Trabanten des Ausbeutertums, verbunden, waren sie ohnmächtig. Die Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokraten, die als die einzige Fraktion den Willen zum Kampf um diesen ersten Schritt zur Befreiung der arbeitenden Massen hatte, war noch zu klein.

Sie für die Zukunft zu stärken, muß das Ziel der Angestellten bei den Wahlen sein. Wie die Arbeiterbewegung eine mächtige Stärkung erfahren hat durch den Zustrom der Angestellten zu den freien Gewerkschaften, so sind, umgekehrt, die Angestellten nur kampffähig im Bunde mit der Arbeiterklasse. Das eifrige Bemühen der Unternehmer, beide Gruppen zu trennen, sollte ihnen das beweisen. Gleichen die Angestellten erst wieder auf den die aufgeschriebenen Leim der „sozialen Sonderstellung“, dann ist ihre Kraft gebrochen. Und diese Stellung ist ihrer unwürdig, denn sie ist die Stellung von Bütteln, und schon aus sittlichen Erwägungen müssen die Angestellten sie zurückweisen.

Den Bund mit den Arbeitern aber können die Angestellten nur festigen, wenn sie sich bei den Wahlen zur Partei der Arbeiter, zur Unabhängigen Sozialdemokratie, gesellen. Sie allein führt den Kampf gegen den Kapitalismus und das Unternehmertum mit der gebotenen rücksichtslosen Entschlossenheit. Jede bürgerliche Partei ist eng mit der kapitalistischen Klasse verflochten. Die Rechtssozialisten sind als Regierungspartei im kapitalistischen Klassenstaat genötigt, die dem Klassenstaat eigene Staatsräson und damit als Parallelerkennung, die kapitalistische Betriebsräson hüten zu helfen. Sind sie Gegner des Kapitalismus und des Klassenstaates, wie sie behaupten, so sind sie es als Glied der Regierungskoalition höchstens mit verborgenen Gebältern Faust, die der Gelangens im Raster des Mörders. Was ihre Schuld nicht mindert, denn ihre Gefangenenschaft ist frei gewählt und entspricht den Zielen und Wünschen ihrer Politik.

Wollen die Angestellten nicht, daß auch im neuen Reichstag ihr Recht dem Profitgehören des Unternehmertums geopfert wird; wollen sie nicht, daß ihre Organisationen zur Ohnmacht verdammt, daß jede Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage und zur Rettung ihrer Rechte unmöglich gemacht wird durch eine Schlichtungsordnung, die ihnen das Streikrecht nimmt; wollen sie nicht, daß ungebührlich hohe Steuern auf Massenverbrauch und Arbeitseinkommen und eine unheimliche Preispolitik jede Lohnverbesserung wieder zunichte machen, — dann müssen sie unabhängig wählen.

Vorträge von Graf Harry Reiter. Die verschiedenen Vorträge bezugnehmend: den 1. Juni, im Werner-Platz, im Ginn-Platz, im Schöneberg, im Kottbuscher Platz, am 8. Juni, in den Sophienhallen, im Kottbuscher Platz, am 14. Juni, in den Kottbuscher Hallen, im Kottbuscher Platz, am 21. Juni, in den Kottbuscher Hallen, im Kottbuscher Platz, am 28. Juni, in den Kottbuscher Hallen, im Kottbuscher Platz.

Die Arbeiterorganisationen zur politischen Lage.

Die an dem März-Generalkongress beteiligten Organisationen trafen am Montag zu einer Beratung zusammen, um zur gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen. Miteilig wurde auf den großen Ernst der Lage hingewiesen, die durch den drohenden Rechtsputsch entstanden ist. Es wurde konstatiert, daß die Durchführung der 8 Punkte in ganz ungenügender Weise erfolgt sei. Allgemein kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß eine Abwehr der von der Reaktion drohenden Gefahr nur gesichert werden könne durch ungezügelter Erfüllung der achten Forderung, die die Auflösung der konterrevolutionären militärischen Truppenteile und ihre Ersetzung durch republikanisch zuverlässige, insbesondere aus der organisierten Arbeiterklasse gebildete Formationen verlangt. Es wurde beschlossen, eine Abordnung an das Reichskabinett zu senden, um vor diesem die einmütige Auffassung der Organisationsvertreter nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

Wir stehen diesem neuen Schritt, der bei der Regierung zur Durchführung gerade des wichtigsten Punktes der Forderungen eingeleitet wird, mit größter Skepsis gegenüber. Trotz aller Zusicherungen und Abmachungen ist es nicht gelungen, dem Treiben der militaristischen Gegenrevolutionäre Einhalt zu gebieten. Die Regierung hat jede Energie in dieser Hinsicht vermissen lassen, und sie wird auch durch neuerliche Vorstellungen kaum von ihrer schmachvollen Politik abgelenkt werden. Der Arbeiter- und Angestelltenstand ist damit erneut bewiesen, wie wenig die Koalitionsparteien gewonnen und imstande sind, die in der Not der Stunde gemachten Zusicherungen einzuhalten.

Die Wahlen zum Gotha'schen Landtage.

Bei den gestrigen Wahlen zum Gotha'schen Landtage erhielten die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei 30 700, der Bauernbund 17 141, die Deutschnationalen 3317, die Deutsche Volkspartei 10 060, die Demokraten 6973, die Reichssozialdemokraten 3553 Stimmen. 30 Ortschaften haben noch ab.

Es werden voraussichtlich erhalten: Die Unabhängigen 8 oder 9, der Bauernbund 5 oder 6, die Deutsche Volkspartei 3, die Deutschnationalen 1, die Demokraten 1, die Reichssozialdemokraten 1 Sit. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Stimmenzahl verdoppelt, während die Deutschnationalen auf Kosten des Bauernbundes die Hälfte der Stimmen verlieren haben.

Das gestrige Wahlergebnis beseitigt zwar die unabhängige Mehrheit im gotha'schen Landtage, die unabhängige Niederlage ist aber trotz größter Anstürms des Bürgertums und selbst des kufmarischen der Reichsregierung ausgeblieben. Unsere Partei hat vielmehr gegen das Resultat bei der Nationalversammlungswahl einen Zuwachs von 5000 Stimmen zu verzeichnen.

Am übrigen war die ganze Wahl eine verpuffte Aktion, von der Reichsregierung inszeniert gegen die unabhängige Regierung in Gotha. Die Wahl bleibt ohne praktische Bedeutung, da Gotha in kurzer Zeit im Volksstaat Thüringen aufgeht und dann wieder Neuwahlen nötig sind.

Verhaftung des Genossen Dehme.

Berlin, 31. Mai. (Telunion.) Die in einem Teil der Berliner Presse verbreiteten Mitteilungen des Staatskommissars von Ostpreußen v. Borowski einem Vertreter der Presse gegenüber, daß sich in der letzten Zeit die Putschgefahr außerordentlich vergrößert habe, entspricht nicht den Tatsachen. Wie die „Telegraphen-Union“ meldet, hat sich der Staatskommissar weder darüber geäußert, daß Waffenansammlungen stattfänden, noch daß die Einwohnerwehren besonders verstärkt und sogar einbezogen würden. Da diese Gerüchte Veranlassung gegeben haben, die innerpolitische Ruhe zu stören, so ist im Zusammenhang hiermit der Journalist Oehme, welcher zur Verbreitung der obigen Nachrichten beigetragen hat, in Haft genommen.

Wir nehmen an, daß es sich bei der ganzen Sache um unangenehme Mißverständnisse handelt. Dem Staatskommissar steht nicht das Recht zu, den Genossen Dehme zu verhaften, selbst wenn er in seiner Darstellung etwas über die Tatkraften hinausgegangen wäre, worüber man ja Dehme selbst wird hören müssen. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß Genosse Dehme schleunigst wieder aus der Haft entlassen wird.

Weitere Ernennungen zum Reichswirtschaftsrat

Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat folgende Personen als Arbeitnehmervertreter in den vorläufigen Reichswirtschaftsrat ernannt:

21 Arbeitnehmervertreter der Industrie und zentraler sachlicher Ausschüsse: Legten, Carl, Drechsler, Berlin; Cohen, Adolf, Mechaniker, Berlin; Willel, Rudolf, Schlosser, Berlin; Walter, Friedrich, Tischler, Berlin; Grängel, Hermann, Glasarbeiter, Berlin; Sack, Heinrich, Fabrikarbeiter, Hannover; Wubs, Paul, Tischler, Berlin; Wieders, Franz, Metallarbeiter, Duisburg; Stühmer, Heinrich, Schneider, Berlin; Wacker, Eduard, Dozierer, Berlin; Schrader, Arh, Zimmerer, Hamburg; Häkel, Hermann, Legilarbeiter, Berlin; Berg, Christian, Fabrikarbeiter, Hannover; Tarnow, Arh, Holzarbeiter, Berlin; Stühler, August, Fabrikarbeiter, Hannover; Mahler, Heinrich, Lederarbeiter, Berlin; Bruns, Conrad, Fabrikarbeiter, Berlin; Schweitzer, Otto, techn. Angestellter, Berlin; Werner, Georg, techn. Angestellter, Berlin; Ringgen, Franz, techn. Angestellter, Berlin; Brauer, Theodor, Verbandssekretär, Köln a. Rh.

16 Arbeitnehmervertreter des Handwerks: Pfeil, Heinrich, Metzlarbeiter, Berlin O. H.; Simon, Josef, Schuhmacher, Nürnberg; Diermeier, Josef, Bäcker, Hamburg; Anoll, Alexander, Steinseher, Berlin; Hörter, Richard, Bauarbeiter, Saarbrücken; Schumacher, August, Holzarbeiter, Berlin; Lindreit, Paul, Drechsler, Berlin; Linderich, Richard, Tischler, Königsberg i. Pr.; Spiegel, Karl, Metallarbeiter, Düsseldorf; Wieders, Josef, Maurer, Wehra-Altenberg; Muzik, Heinrich, Tischler, Köln a. Rh.; Gammath, Hermann, Hypothekendarbeiter, Düsseldorf; Neuhardt, Franz, Mechaniker, Berlin; Werner, Guido, Legilarbeiter, Chemnitz; Hoff, Konrad, Tischler, Weisau; Gemmingen, Karl, Buchbinder, Stuttgart.

10 Arbeitnehmervertreter der Industrie nach räumlicher Gliederung: Thomas, W., Metallarbeiter, Mainz; Linke,...

Werner, Fabrikarbeiter, Berlin; Gieseler, Tischler, Schlosser, Berlin; Combeder, W., Dr., technischer Angestellter, Magdeburg; Wufhäuser, Siegfried, technischer Angestellter, Berlin; Leonhard, August, Werkmeister, Düsseldorf; Udo, Georg, Verbandssekretär, Berlin-Lankwitz; Effert, Johann, Bergmann, Bergdorf-Bieg; Otte, Bernhard, Legilarbeiter, Düsseldorf; Breddemann, Johann, Tischler, Berlin.

Eine Auffstellung der durch die Zentralarbeitsgemeinschaft zu benennenden Arbeitgebervertreter liegt noch nicht vor.

Außerdem sind ernannt: Vom Bund der Landwirte und dem Deutschen Landbund zusammen: Rittergutsbesitzer Dr. Gust. Rosicke-Gredorf, Oekonomierat Karl Gebhardt-Rauteroden, Rittergutsbesitzer Brätorius Freiferr v. Nitzhosen-Vogelsang, Landwirt Karl Hepp-Freiloch.

Vom deutschen und preussischen Städtebund: die Oberbürgermeister Vermuth-Berlin, Blüher-Dresden, Dr. Lohmeyer-Königsberg, Dr. Luther-Essen, Nihilist-Berlin, Dr. Scholz-Charlottenburg, Volgt-Frankfurt a. M. und Stadtrat Hummer-München.

Vom Deutschen Landarbeiterverband: Arbeitnehmervertreter: Otto Albrecht-Kaufhain, Wilhelm Bernier-Berlin, Arh Paach-Neußlin, Walter Rosenthal-Berlin, Paul Löhle-Berlin, Georg Schmidt-Köpenick, Emil Woldt-Weihensee.

Vom Reichsverband des deutschen Handwerker Generalsekretär Friedrich Berlein-Düsseldorf, Obermeister Harry Bläse-Hannover, Obermeister Karl Bahardi-Berlin, Obermeister Franz Wartschat-Königsberg.

Der unwillkürliche Staatskommissar.

Zu unserer Veröffentlichung über das Treiben des Evidenz Berchaller schickt uns der Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Herr Dr. Weichmann, folgende Verächtigung:

Es ist un wahr, daß das Staatskommissariat Spigel oder Prokollateure unterhält.

Es ist un wahr, daß das Staatskommissariat oder ein Beamter desselben einen Akademiker Berchaller beschäftigt hat oder beschäftigt.

Es ist un wahr, daß der Bericht über eine kommunistische Heimkonferenz von einem Berchaller stammt oder sonst durch Spigel in das Staatskommissariat gelangt ist.

Herr Weichmann streitet in seiner Verächtigung Behauptungen ab, die wir nie aufgestellt haben. Denn wir haben nicht gejagt, das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung unterhalte Spigel und Prokollateure, und beschäftigt auch den Oberspigel Berchaller. Sondern wir haben nur behauptet, daß Berchaller dem Regierungsrat Schwarz Nachrichten über eine angebliche kommunistische Verschwörung gegen Weichmann übermitteln habe. Dies ist tatsächlich geschehen, und wenn Herr Weichmann davon keine Kenntnis erhalten hat, dann muß er sich eben in seinem Ressort besser umsehen.

Ein neuer Friedensappell Sowjetrußlands.

D. A. Stockholm, 29. Mai. Der russische Minister des Auswärtigen, Tschitscherin, wendet sich mit einer neuen Botschaft an die Welt und drückt den Wunsch Sowjetrußlands aus, mit allen Nationen im Frieden zu leben. Die Räteregierung sei bereit, auch mit jeder bürgerlichen Regierung Verhandlungen einzuleiten und auf jede Initiative im Innern eines jeden Landes zu verzichten. Sie wäre auch bereit, Auskünfte über die innere Lage Rußlands zu geben.

Die Londoner Verhandlungen.

H. N. London, 31. Mai. Nach einer „Daily News“-Mitteilung findet bereits heute eine Unterredung zwischen Lloyd George und Krassin statt, an der auch wahrscheinlich Bonar Law und Lord Curzon teilnehmen werden. Es werden zwei Gruppen für die Verhandlungen mit Krassin gebildet, eine für die politischen und die andere für die finanziellen und geschäftlichen Besprechungen. Die Minister, die jeweils mit Krassin sprechen werden, sind das ganze Kabinett vertreten.

Ganz wie bei uns.

Paris, 31. Mai. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquet erklärt, daß bis jetzt aus Anlaß des Ausbaues 2636 Eisenbahnen entlassen wurden. In dieser Zahl seien jedoch die Entlassenen aus den Werkstätten nicht einbezogen.

Herr Doler und Herr Le Troquet gleichen sich, wie die deutsche kapitalistische Republik und die französische kapitalistische Republik sich gleichen. Die Formen der Niederknüpfung der Arbeiterklasse sind hüben wie drüben dieselben. Wer muckt, der flucht. Die französischen Arbeiter werden sich durch die Hungerpeinliche nicht unterkriegen lassen. Sie werden über Herrn Le Troquet zur Tagesordnung übergehen und mit un veränderter Energie ihren Klassenkampf weiterführen.

Die Reorganisation der französischen Eisenbahn.

H. N. Paris, 31. Mai. Doucet und einige andere Abgeordnete der Kammer reichten eine Gesetzesvorlage zur Reorganisation der Eisenbahnen ein. Nach derselben sollen dieselben von dem Staat zurückgekauft werden und dem Staat gehören. Der Staat soll sie aber nicht eigenhändig, sondern sie sollen einer großen Gesellschaft unter Beteiligung der Arbeiterklasse übertragen werden. Die Gesellschaft soll ein Kapital von 500 Millionen zu verzeichnen haben. Der Gewinn soll zu 85 Prozent den jetzigen Aktionären vorbehalten bleiben, am zweiten Drittel soll für die großen Gesellschaften, wie Handelsbanker usw., sein und der Rest soll öffentlich ausgeschrieben werden. Dabei sollen 250 000 sogenannte Aktien „du travail“ ausgeben werden, die das gemeinsame Eigentum des gesamten Personals bilden sollen.

Die dänischen Sozialdemokraten gehen nach Genf.

T. U. Kopenhagen, 31. Mai. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei beschloß in seiner Halbjahreskonferenz die Teilnahme an der bevorstehenden internationalen Sozialistenkonferenz in Genf. Der Geschäftsführer Stauning gab einen Bericht über die Tätigkeit der Partei in der schließlichen Frage im Reichstag. Die Verurteilung des sozialistischen Kampfes gegen die sozialdemokratische Herrschaft in der Kommune durch die Gewerkschaften wurde vom Vorstand als...

Der Wahlkampf.

Widersprüche und Fragen.

Wenn verschiedene Leute sich zusammenschließen, um ein literarisches Sammelwerk herzustellen, so besteht immer die Gefahr, daß etwas Uneinheitliches und in sich Widersprüchliches dabei herauskommt. Ein solcher Fall ist jetzt auch den Rechtssozialisten zugestanden. Der „Vorwärts“ hatte die hervorragendsten Kandidaten von Berlin und von den benachbarten Kreisen ausgesondert, für seine Wahlbeilage vom letzten Sonntag Artikel über die Bedeutung des 6. Juni zu schreiben und den Arbeitern in glänzenden Worten klarzumachen, was auf dem Spiele stehe, und dabei haben sich dann allerlei recht bedenkliche Unstimmigkeiten ergeben.

Richard Fischer legt unter der Überschrift „Der Feind steht rechts“ sehr schön auseinander, was dem deutschen Volke droht, wenn die Reaktionen die Macht in die Hand bekommen. Er verweist auf den Kapp-Putsch, erinnert an die dunklen Geschäfte der Schwerindustrie im Krieg und beleuchtet den Einfluß, den das Industrie- und Bankkapital auf die öffentliche Meinung gewonnen hat. Wir könnten diese Darlegungen kritisch beleuchten und nachweisen, daß die reaktionären Gewalten gerade durch die Politik der Rechtssozialisten verstärkt worden sind, aber wir wollen Ostfalgendes nicht wiederholen, um nicht von unserem Thema abzuweichen.

Während also Richard Fischer den Feind auf der Rechten sieht und unter der Rechten natürlich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei versteht, holt Rudolf Wissell zu einem gewaltigen Schlag gegen die Deutschdemokratische Partei aus. Man kann seine Abneigung gegen die Demokraten verstehen, denn sie haben die Durchführung seiner Planwirtschaftsidee unmöglich gemacht. Seine Planwirtschaft war kein Sozialismus, und deshalb haben auch wir sie bekämpft. Aber die Demokraten widersetzten sich ihr, weil sie nach ihrer Meinung schon zuviel Sozialismus enthielt und doch von ihnen angebetete „freie Spiel der Kräfte“ störte. Wissell gibt es ihnen gründlich, wenn er schreibt:

„Die demokratische Wirtschaftspolitik, die sich im Sommer 1919 in so wesentlichem Maße durchsetzen konnte, hat die Verfestigung so vieler Kräftegruppen auf dem Gewissen, wie wir sie leider heute sehen. Die Rentenempfänger, die kleinen Rentner, die Pensionäre, die erlassenen Angehörigen des Heeres, viele der Festangestellten, insbesondere der vom Staat angestellten, sind in eine Lage gekommen, die viel trauriger ist, als man im allgemeinen annimmt. Und gerade diese Kreise des sogenannten Mittelstandes, die Kreise, die sich formell nicht zu den Arbeitern zählen, wirtschaftlich jedoch vielfach weit ungünstiger stehen als große Schichten der Arbeiterschaft, erkennen nicht die Ursache ihres wachsenden Sinkens. Diese Kreise sehen nicht, daß gerade die Politik, die die Demokratische Partei auf wirtschaftlichem Gebiet betreibt, die Ungunst ihrer Lage wesentlich mit verschuldet hat. Sie sehen nicht, daß die demokratische Partei auf wirtschaftlichem Gebiet heute im wesentlichen eine Vertretung des Bank- und Handelskapitals ist, nicht die Vertretung der allgemeinen Volkswirtschaft.“

Die Sozialdemokratie strebe, so erklärt Wissell weiter, im Gegensatz zu den Demokraten einer Wirtschaftspolitik zu, die im Interesse des gesamten Volkes liege.

Das Rüstreden ist eine sehr schöne Sache. Aber wie stellen es die Rechtssozialisten an? Sie machen eine Koalition mit den Leuten, die einer ihrer Führer zurechtfindet als Vertreter des Bank- und Handelskapitals bezeichnet, und lassen von ihnen den Sozialismus sabotieren. Wer die Wirtschaftspolitik der Demokraten verurteilt und für verhängnisvoll hält, kann doch unmöglich eine Partei unterstützen, die mit den Demokraten zusammen regiert und sich mehr oder weniger gutwillig ihren wirtschaftspolitischen Anschauungen unterwirft. Nach Wissell steht der Feind nicht, wie Fischer meint, rechts, im Lager des Großagrariertums und der Schwerindustrie. Wenigstens nicht ausschließlich. Feind ist vielmehr auch der eigene Verbündete der Sozialdemokratie, und folgerichtig ist die Sozialdemokratie sich selbst Feind, solange sie an dem Bündnis mit den kapitalistischen Demokraten festhält.

Eine ungeheuer komplizierte Situation! Aber zum Glück tritt Eduard Bernstein als Retter auf, der sich immer mehr zu einem Monomanen der Bekämpfung der Unabhängigen entwickelt. Richard Fischer schlägt auf die Reaktion los, Wissell häufl die Demokraten, aber Eduard Bernstein richtet die Schärfe seines Schwertes gegen uns. Nach ihm ist die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie weder logisch noch geeignet, chaotischen Zuständen vorzubeugen. Sie führt, wie er versichert, ins Unbestimmte, und die für diese Partei abgegebene Stimme ist für die demokratische Republik verloren und für den Sozialismus verlor.

Eduard Bernstein hat es sich zur Aufgabe für seinen Lebensabend gestellt, die Partei, der er während der Kriegsjahre angehört, zu vernichten, und er verfolgt dieses Ziel mit einer nachgerade allmählich tönnisch anmutenden Hartnäckigkeit. Daß er dabei sogar mit sich selbst in Widerspruch gerät, scheint er nicht zu merken. Er meint, unsere Kritik an den Rechtssozialisten sei nicht immer unberechtigt, aber es bedürfte zu ihr keiner eigenen Partei.

Hat denn Eduard Bernstein ganz und gar vergessen, daß er diese Partei mit geschaffen und daß er während des Krieges mit in der vordersten Linie des Kampfes gegen die Rechtssozialisten gestanden hat? Freilich, er wird erklären, daß er eben nur die Kriegspolitik verurteilt habe, während wir nun einmal das Verhalten der Scheidemannier im Krieg nicht von ihrem Verhalten in der Folgezeit zu trennen vermögen. Wir haben im Gegensatz zu Bernstein nicht darin ihre große Schuld erblickt, daß sie Deutschlands Unkuld und Englands Schuld beteuerten, sondern wir haben die Sünde im Aufgeben der Idee des Klassenkampfes und in dem Verzicht auf die revolutionären Prinzipien. Diese Sünde ist nicht nur nicht gelehrt, sondern sie hat sich in der revolutionären Epoche weiter fortgesetzt, und deshalb blieb für uns die Notwendigkeit der Trennung bestehen, nachdem sie Eduard Bernstein mit der Niederlage Deutschlands in 1918

Aber unser ehemaliger Freund hat noch eine besondere Schlinge für uns bereit. Er legt uns die Frage vor: „Wie dann, wenn die Verneiner der Republik von rechts und die Verneiner von links zusammen die Mehrheit im Reichstage erhielten? Welchen Zuständen geht Deutschland dann entgegen, welches wird dann seine Weltlage sein?“ In dieser Fragestellung liegt zunächst die Feststellung, daß Eduard Bernstein gewonnen ist, an der alten Koalition festzuhalten, und also an der Kritik, die sein Genosse Wissell an den demokratischen Alliierten übt, wenig Freude haben wird. Sie würde deutlicher so zu fassen sein: „Was soll geschehen, wenn die Koalition nicht wiederum eine Mehrheit erhält?“ Wir möchten mit der Gegenfrage antworten: „Was werden in diesem Fall die Rechtssozialisten tun?“

Eduard Bernstein wird sich dann doch als guter Demokrat, der er ist, dem Volkswillen fügen und zugestehen, daß das bisherige Regierungssystem nicht den Beifall der Wählerschaft gefunden hat. Die politischen Schwierigkeiten, die dann entstehen, sind für uns ebenso klar wie für ihn. Aber sollen wir etwa, um ihnen zu entgehen, den unzufriedenen Massen zureden, für die rechtssozialistischen Kan-

Die U. S. P. und die Sozialisierung,

das ist das Thema, über das Genosse Dr. Hilsberding

am Dienstag abend 7 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseestraße referieren wird.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Reizt durch Massenbesuch dieser Versammlung euer Interesse an dieser Frage.

Heute abend 7 Uhr: Große öffentliche Wählerversammlungen

- in folgenden Lokalen:
- Bahnhofstr. 24/26.
- Wobitzer Gesellschaftshaus, Wobitzer Str. 23/24.
- Stadtheater Wobitz, Wobitzer Str. 27.
- Schulaula, Albrechtstr. 27.
- Briefener Str. 22.
- Abteler Str. 17.
- Schönholzer Str. 7.
- Andreasstraße, Andreasstr. 21.
- Gemeniusstraße, Memeler Str. 67.
- Schönholzstraße, Schönholzstr. (Mummelb. 25f.).
- Gewerkschaftshaus, Engel-Wer.
- Süd-Ost-Säle, Waldmarkt. 75.
- Märk. Hof, Admiralsstr.
- Schulaula, Reichsberger Str. 67.
- Wobitzer Str. 10/17.
- Abteler Str. 61.
- Kantowstraße 7.
- Graumanns Behälter, Raunowstr. 27.
- Schulaula, Culmb.
- Greiffswalder Str. 23.
- Nikoladree: Lokal Neumann, Beilbhf.
- Wilmersdorf-Palast in der Oberrealschule im Seepark.

Angeordnete des Versorgungswesens Groß-Berlin.

Am Donnerstag, den 3. Juni 1920, nachmittags 3 1/2 Uhr. Versammlung in der Hofbrauerei, Hildesheimer Str. 3. Tagesordnung: Was haben wir am 6. Juni zu tun? Referent Genosse Fritz Schneider. Was bringt uns der Reichstaxi? Referent Delmut Brömmer. Freie Aussprache. Erscheinung aller Kollegen im Versorgungswesen Groß-Berlin unbedingt erforderlich. Die Ginderufer.

Beamte und Angestellte des Reichs, Staates und der Gemeinden

Öffentliche Wählerversammlung. Donnerstag, den 3. Juni abends 8 Uhr, Mäckerstraße 158/159, Ecke Triftstraße, Schulaula. Tagesordnung: Die Staatsangehörigen und Beamten und der neue Reichstag. Referenten: Hoffmann, Schneider, Jachert, Luise Sieu.

blenden zu stimmen, damit die Koalition eine fröhliche Auferstehung erleben kann? Ein Wahlergebnis, wie es Bernstein vorräubert, bedeutet schwere innere Kämpfe. Aber diese Kämpfe werden auch nicht ausbleiben, wenn die Koalition, wie man vielleicht vermuten kann, mit einer knappen Mehrheit zurückkehrt. Die Szenen werden sich auf jeden Fall Angehener verschärfen, und es wird sich eben aller Welt deutlich offenbaren, daß die formale Demokratie keinen Ausweg und keine Rettung zeigt. Die „reellen Machtverhältnisse“, über deren Bedeutung für die Entwicklung und die Verfassung der Staaten gerade Eduard Bernstein als Biograph Lassalles unterrichtet sein sollte, werden sich geltend machen, und die Frage ist nur, ob die Rechtssozialisten dann bereit sein werden, daran mitzuwirken, daß das Proletariat seiner Macht bewußt wird, und von ihnen den durch die Umstände gebotenen Gebrauch macht. Da das eine Frage ist und da wir nach allem Vorausgegangenem leider nicht in der Lage sind, sie zu bejahen, bleibt eben dem Arbeiter keine Wahl, als sich auf die Seite der Unabhängigen zu stellen.

Die Partei des Geldhais.

Die rechtsstehende „Dresdener Bürgerzeitung“ beschwert sich darüber, daß der bisherige deutschnationale Abgeordnete Glasmeißer Stadtrat Wrylich im Wahlkreis Ostfahlen diesmal erst an dritter Stelle auf die deutschnationale Kandidatenliste gesetzt worden sei. Das Blatt erzählt: „Der Grund war der, daß der Vertreter der Industrie (Eduard Dr. Hilsberding, Berlin) an die erste Stelle gesetzt wurde, weil er eine halbe Million zum Wahlfonds beisteuerte, und daß die Landwirte mit der Aufforderung einer

eigenen Liste drohten, wenn ihr Kandidat nicht auf die zweite Stelle gesetzt würde.“

Der hier mitgeteilte Fall steht keineswegs vereinzelt da. Der Ausschlag bei der Aufstellung der Kandidaten in den rechtsstehenden Parteien gibt in den meisten Fällen das große Portemonnaie, mit dem das Mandat und die Wählerschaft gekauft wird.

Was ist schuld an den hohen Preisen?

Ein ehrliches Geständnis.

In einem Artikel über „Produzentenpolitik“ oder „Produktionspolitik“ im „Berliner Tageblatt“ stellt Dr. Felix Pinner fest, daß auf vielen Gebieten die Preise im Verhältnis zu den Selbstkosten der Produktion ganz übermäßig hinaufgesetzt worden sind. „Das zeigen die riesigen Gewinne, erdardgewerdeg vielen Zweigen der Industrie und des Handels bis in die letzte Zeit hinein erzielt werden konnten, das zeigt auch die finanzielle Lage der Landwirtschaft, die heute trotz der jahrelang betriebenen Konsumrentenwirtschaft nicht nur geldlich sehr günstig dasteht, sondern sich auch fast durchweg von Grund auf entschulden konnte.“ Pinner stellt ferner fest, daß die gesamte deutsche Industrie in der letzten Zeit durchaus auf den Grundpfad eingeleitert worden war, aus einem verhältnismäßig geringen Mengenumsatz verhältnismäßig hohe Gewinne zu erzielen.

Am bemerkenswertesten aber ist der Brief eines Industriellen an das „Berliner Tageblatt“, den Pinner im Auszug wiedergibt. In diesem Brief heißt es:

„Der Verdienstsatz muß auf ein normales Niveau zurückgeführt werden, da bei den jetzigen Sägen Profite erzielt werden, gegen welche die der Kriegsgewinnler verblieben. Niemand verkauft heute noch zu seinem Selbstkostenpreis plus 10 bis 25 Prozent Nutzen, sondern jeder nimmt oder nahm den Tagespreis oder den Verkaufspreis, und wenn irgendmöglich noch wesentlich mehr. Charakteristisch ist meine eigene Geschichte. Im Herbst 1918 begann ich einen Handel mit elektrischen Artikeln. Nach einigen Monaten errichtete ich eine elektrotechnische Fabrik mit 10 bis 12 Arbeiterinnen und laufe wieder etwas später eine weitere kleine Fabrik zur Ergänzung. Mein Kapital betrug anfangs 80 000 M. Nach und nach nahm ich etwa 1 Mill. M. fremden Kapitals auf. Mein Umsatz in den Monaten März und April betrug je 1 bis 1 1/2 Mill. M., der Reingewinn in beiden Monaten je 1/2 Mill. Mark. Ist das volkswirtschaftlich gesund? Dabei habe ich die Verkaufspreise strikt innegehalten, obwohl meine Konkurrenz teilweise viel teurer verkaufte. Werden nun diejenigen Händler ausgeschaltet, die gar kein Lager oder höchstens ein solches beim Spediteur haben, und werden die Verdienstsquoten in allen Stufen des Produktionsprozesses um 10 bis 20 Prozent vermindert, so wird manches Produkt im ganzen um vielleicht circa 50 Prozent billiger.“

Dieses ehrliche Geständnis eines Großindustriellen beleuchtet blühend die Situation. Nicht die nur un- wesentlich gestiegenen Löhne der Arbeiter, sondern die Riesengewinne der Unternehmer, die an einem kleinen Umsatz Millionen zu verdienen suchen, haben die gewaltige Steigerung der Preise aller Erzeugnisse heraufbeschworen. Die dem Treiben haben alle Parteien durch ihre Wirtschaftspolitik Vorkurs geleistet. Sie müssen deshalb bei der Wahl am 6. Juni dafür die Quittung erhalten.

Die Reichstagswahlen in Bayern.

Wie aus München gemeldet wird, hat der bayerische Justizminister auf ein Gesuch der Unabhängigen Partei Bayerns um Freilassung der Festungsgesangenen Toller, Riß, Schmidt, Hagemeister und Olschewsky, die als Reichstagskandidaten der Unabhängigen aufgestellt sind, den Befehl erteilt, daß aus Gründen der Staatssicherheit diese Politiker nicht aus der Festungshaft für den Wahlkampf freigegeben werden können.

Der Befehl des bayerischen Justizministers illustriert in greiflicher Weise die Zustände, unter denen unsere Massen in Bayern den Wahlkampf zu führen gezwungen sind. Kein Mittel wird von der herrschenden Reaktion unterlurch gelassen, um der U. S. P. den Wahlkampf zu erschweren. Wir zweifeln nicht, daß die terroristischen Maßnahmen der Reichsregierung gerade das entgegengesetzte Resultat zeitigen und daß die Arbeiterklasse Bayern am 6. Juni die Antwort auf das reaktionäre Gemaltesystem nicht schuldig bleiben wird.

Der kapitalistische Instinkt.

In Europa, ganz besonders im Gebiete der Zentralmächte, herrscht wahnsinnige Not an Nahrungsmitteln. Jahrelange Unterernährung läßt die minderentwickelte Bevölkerung vorzeitig wegsterben und blickt die Kraft und Gesundheit der heranwachsenden Jugend. Aber es gibt Nahrungsmittel in Höhe und Fülle. In Holland allein lagern Reservierte für 60 Millionen Gulden (das sind nach heutiger Währung über 1 Milliarde Mark), die Holland nicht los werden kann. Das gleiche ist der Fall mit anderen Milchprodukten, Gemüsen, Wärmeläden, Zigaretten usw., die in Holland angefertigt oder importiert wurden und für die Ausfuhr bestimmt sind. Und in Amerika, wo der Lebensmittelkäufer Hoover und der Arbeiterführer Campers einen Kufus erlitten haben, um dem notleidenden Europa Nahrungsmittel zu beschaffen, lagert zur Zeit ein Vorrat von 60 Millionen Barrels Weiz. Das ist ungefähr der Gesamtverbrauch Hollands in 10 Jahren oder mehr als der normale jährliche Gesamtverbrauch Deutschlands. Und für diese Vorräte ist es unmöglich Käufer zu finden. So besteht die Möglichkeit, daß ein Teil davon vernichtet wird, wenn am 1. Juli die Quarantäne für die Weizenpreise in Amerika aufhört.

Rings um uns hungert die Welt. Holland ist überflutet mit allen möglichen Nahrungsmitteln. In Amerika findet sich für den Mißbrauch kein Käufer, er muß vernichtet werden. Und das Volk hungert. Weshalb kann der Wahlsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht illustriert werden. Wer am 6. Juni zur Wahl geht, der denke an diese Schmach und wähle die Kandidaten der unabhängigen Sozialdemokratie!

Der deutsche Geschäftsträger in Italien gestorben. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Rom: Der deutsche Geschäftsträger v. Dersff ist gestorben.

Wannsee in Tschechien. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik hat anläßlich des Inkrafttretens der ersten gewählten Nationalversammlung eine Wannsee für politische Straftaten und Straftaten aus politischen Motiven gegen die tschechoslowakische Republik und deren Einwohner, die bis zum 7. März 1920 einschließlich begangen worden sind, erlassen. Ausgenommen sind Hoch und Ehrenas

Hoffen werden, um eine möglichst schnelle Rechtsprechung, unter Ausschaltung der ordentlichen Gerichte mit ihren langwierigen Verfahren, zu garantieren. Die Festlegung der berufungs-fähigen Summe auf 1000 M. hat zur Folge, daß in der Wech-sel aller Streitfälle bei den vorerwähnten Verhältnissen ent-sprechend gestiegenen Gehältern die Angeklagten doch gezwungen sein werden, die ordentlichen Gerichte in Anspruch zu nehmen. Das macht die Tätigkeit der Laiengerichte bis zu einem gewissen Grade überflüssig. Es muß deshalb gefordert werden, daß die Berufungssumme auf mindestens 3000 M. heraufgesetzt wird, weil diese Summe ihrem Werte nach ungefähr derjenigen ent-spricht, die bei Schaffung des Kaufmannsgerichtes mit 300 M. festgesetzt war. Die Wahlberechtigung ist vom 20. Lebensjahr auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt worden, mit der Maßgabe, daß auch die weiblichen Angehörten das Recht haben, die Beisitzer zum Kaufmannsgericht zu wählen. Unverständlich bleibt, weshalb die Wahlbarkeit zum Beisitzer erst mit dem 30. Lebens-jahre gegeben sein soll, während man mit 25 Jahren doch bereits Gesetzhüter werden kann. Besonders interessant ist auch die Aufhebung der weiblichen Angehörten von der Berechtigung, Beisitzer zum Kaufmannsgericht zu werden. Gerade beim Kaufmannsgericht wäre es besonders notwendig, daß auch weibliche Angehörte zum Beisitzeramt zugelassen werden, zumal hier vielfach Fälle zur Verhandlung kommen, bei denen das spezifisch weibliche Verständnis zur Beurteilung außerordentlich am Platze sein dürfte. Es will uns scheinen, daß das Prinzip der Gleich-berechtigung aller Staatsbürger bei den neuesten gesetzgeberischen Aktionen der Reichsregierung allzufern in den Hintergrund tritt. Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien muß es sein, dafür zu sorgen, daß hier überall und gründlich Abhilfe geschaffen wird.

Eingung in den Geltungsbereich. Die Unternehmer der Getriebetriebe, die sich entschieden geweigert haben, den am 4. Mai gefällten Schiedsspruch anzuerkennen und die gegen die Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches mit allen Mitteln ankämpfen wollten, haben sich im letzten Augenblick doch besonnen. Nachdem der Demobilmachungskommission in der vergangenen Woche den Schiedsspruch für verbindlich erklärte, haben die An-geschickten den Unternehmern bis Montag Zeit gegeben, diese Ent-scheidung anzuerkennen. In den gestern festgefundenen Verhand-lungen, erklärte die Unternehmung, daß sie den am 4. Mai ge-fällten Schiedsspruch anerkennen und mit dem bisherigen Ergeb-nis der Verhandlungen über den Reklamationsfall einverstanden sind. Sobald die Verzögerung beendet ist, werden die neuen Schlichter sofort ausbezahlt. Die Vermittlung der Streitungsangestellten, die für Montag abend in die Zentralstelle einberufen war, um eine eventuelle Ersatzpartei entgegenzunehmen, hat den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen zur Kenntnis genommen.

Achtung! Eisenformer und Berufsgenossen. Heute abend 6 Uhr Versammlung in den Pflanzstätten, Müllerstr. 142. Tagesordnung siehe Inserat in der Sonntagausgabe.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Berlin. Betriebs-räte und Betriebsbevollmächtigte. Um die Adressen der Betriebsräte und Betriebsbevollmächtigten festzustellen, und um die Legitimationskarten auszufüllen, werden alle mit diesen Funktionen betrauten Kol-legen ersucht, von Montag, den 31. Mai, und folgende Tage im Bureau, Rungelstraße 30 (Arbeitslosenloos), in der Zeit von 4 bis 7 Uhr nachmittags zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Groß-Berlin.

Ergänzung der Richtlinien für die Gemeindevahlen.

Die Richtlinien für die Gemeindevahlen ergänzen sich nach einer Mitteilung der zuständigen Stelle in folgender Weise:
Zur einheitlichen Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in sämtlichen Wahlkreisen hat der Minister des Innern den Oberbürgermeister Bernuth zum leitenden Wahlkommissar und Stadtrat Koching zum Stellvertreter ernannt. Zum selben Zweck sind in den einzelnen Wahlbezirken vom Oberpräsidenten für die Wahlkreise 1-6 ein gemeinsamer und für die übrigen 9 Wahlkreise je ein Kreiswahlkommissar ernannt worden. Die letzte Stadt Berlin mit dem Gutsbezirk Berlin-Schlössel und mit Berlin-Stralau (außer Altes) bildet die Wahlkreise und zugleich die Verwaltungsbereiche 1-VI. Die Geschäftsstelle des leitenden Wahlkommissars — Zentralwahlamt — befindet sich Berlin C. 2, Stralauer Str. 44/45. Der großen Papierrolle Rechnung tragend, hat der leitende Wahlkommissar die Vermutung des Hauptstudes der Reichstagswahlkreise zu den Wahlen der Stadtverordneten und Bezirksverordneten angeordnet. Beide Wahlen finden am gleichen Tage in einem Wahlgange statt. Wahlberechtigt zu beiden Wahlen sind alle Einwohner der neuen Stadtgemeinde Berlin (auch Soldaten), die am 30. Mai 1920 im Besitze des Bürgerrechts sind und am gleichen Tage ein Jahr in einer oder in mehreren zur neuen Stadtgemeinde Berlin gehörenden Gemeinden wohnen. Wahlberechtigt sind also auch Personen, die zum Beispiel 3 Monate in Neudän, im Anschluß daran 3 Monate in Schöneberg und 3 Monate in der jetzigen Stadtgemeinde Berlin ihren Wohnsitz gehabt haben. Ferner sind bei den er-stmöglichen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksverordneten der neuen Stadtgemeinde Berlin renten-empfangende Kriegesbeschädigte, heimgekehrte Kriegs- und Zivil-gefangene, sowie Flüchtlinge aus den verlorenen oder besetzten Gebieten wahlberechtigt, wenn sie in der neuen Berlin wohnen, auch wenn die Anwartschaftszeit noch nicht erreicht ist, und zwar in der Gemeinde des Wohnortes. Für einen solchen Wähler ist auf seinen Antrag von der Gemeindebehörde seines Wohnortes — in Berlin, Stralauer Str. 44/45 — ein Wahlschein auszugeben. Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheines ist auf Ersuchen glaubhaft zu machen. In Stadtverordneten oder zu Bezirksverordneten wählbar sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Anwartschaftszeit für diese sechs Monate muß am 30. Juni 1920 — dem Tage der Wahl — erfüllt sein. Stadtverordnete, 225 für das neue Berlin in 15 Wahlkreisen, und Bezirksverordnete, 15-45 in 20 Verwaltungsbereichen, diese je nach der Einwohnerzahl, werden auf vier Jahre gewählt.

Die Wählerlisten liegen in der Zeit vom 30. Mai bis zum 3. Juni 1920 öffentlich aus. In Berlin in folgenden sechs Aus-lesestellen, und zwar in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends: 1. in der Turnhalle der 24. Gemeindefschule, Hinter der Wagnisstraße 2; 2. in der Turnhalle der 187. Gemeindefschule, Verharbstr. 5; 3. in der Turnhalle der 75. Gemeindefschule, Antonstr. 36/41; 4. in der Turnhalle der 162./197. Gemeindef-schule, Danziger Str. 23; 5. in der Turnhalle der 52./71. Ge-meindefschule, Fendstr. 33; 6. in der Turnhalle der 11. Hilfs-schule, Brandenburgerstr. 78/79. Die Wählerlisten für die Ge-meinde Berlin-Stralau, die zum Bezirk 5 gehört, liegen in Berlin-Stralau, Alt-Stralau 50/51, aus. Trotz etwaiger schon vorher erhaltener Aufforderung durch das Wahlbureau, den Nachweis des einjährigen Wohnsitzes zu erbringen, kann jeder bis zum 3. Juni cr. (in Berlin bis 7 Uhr nachmittags in den Auslege-stellen und im Wahlbureau) seine Nachtragung beantragen. Die Auslegestellen sind außerdem öffentlich durch Säulenanschlag und in den Tageszeitungen bekanntgemacht und evtl. beim Magistrat, Gemeindeverwaltung usw. (Wahlbureau) telephonisch zu erfragen. Nach dem 3. Juni 1920 können Einsprüche nicht mehr angebracht und Nachtragungen nicht mehr beantragt werden.

Zur Beachtung! Die juristische Sprechstunde findet täglich, mit Ausnahme von Sonnabends, von 1/6 bis 1/8 Uhr abends statt.
Briefliche Auskünfte werden nur erteilt, wenn der An-frage die letzte Quittung und ein Freiumschlag beiliegt.
Rücksendung von Manuskripten erfolgt nur, wenn Rückporto beigefügt ist.
Persönliche Vorprache auf der Redaktion kann vor-mittags nicht berücksichtigt werden.

Die Straßenbahn gegen Ausgabe billiger Berufsmonat-karten. Der Vorschlag des Stadtverordneten Genossen Dr. Weil auf Ausgabe von Monatskarten zu 20 M. bei täglich zweimaliger Benutzung wird von der Straßenbahn abschlägig beschieden werden, da sie einen zu großen Aufwand befürchtet, andererseits die techni-sche Seite zu viel Schwierigkeiten macht. Die Folge dieser Begehrung wird ein weiteres Abwandern von Abonnenten der Vororte zur Staatsbahn werden.

Zur Erleichterung der Kleingeldart hat die Eisenbahndirektion Berlin verfügt, daß im Falle an Stelle fehlender Kleingeldes Briefmarken herausgegeben sind. Von Reisenden, die die An-nahme von Briefmarken ablehnen, muß abgezogenes Fahrgehalt ge-fordert werden, widrigenfalls wird der Verkauf der Fahrkarten abgelehnt. Die Inzahlungnahme von Briefmarken während des Aufenthalts wird im allgemeinen von der Eisenbahnbewachung abgelehnt. Die Inzahlungnahme von Briefmarken während des Aufenthalts über die verlangte Zahl in Zahlung zu geben, ist unterlagert worden. Die Annahme überhöhtiger Fahrkarten kann verweigert werden.

Ein scharfer Raubüberfall wurde Montag früh um 5 Uhr in der Alvenslebenstraße 19 verübt. Die dort in einer Bekleidungs-wohnung wohnende 23-jährige alte Schneiderin Gerdi Nihert wurde von zwei bis jetzt noch unbekanntem Räubern gefesselt und ge-fesselt und dann machten sich die Räuber davon, Spind und Bettstoß zu durchwühlen. Sie nahmen die Wäsche und Kleidungs-stücke, 200 Mark bares Geld und außerdem noch Kleidungsstücke von Kundinnen des jungen Mädchens und verschwand eilig. Als ein Hausbesitzer um 8 Uhr die Treppe herunterkam, sah er ein Wägelchen liegen und erkannte es als der Niherts gehörig. Er ging in die Kleidungswohnung und fand nun die überfallene Bewohlerin und ohne Lebensgefahren auf dem Fußboden liegen. Die ganze Wohnung war durchwühlt. Ein Arzt, der sofort gerufen wurde, stellte Wiederbelebungsvorkehrungen an, die auch von Erfolg waren, doch liegt Kranke Nihert augenblicklich noch schwer an den Folgen des Überfalles darnieder. Die beiden Männer trugen Schie-benbüchsen. Das zuständige Polizeirevier benachrichtigte sofort das Polizeipräsidium und alsbald erschien Kriminalkommissar Zwillin mit seinen Kranten. Die Nachforschungen nach den Räu-bern sind sofort eingeleitet.

Ein grauenhafter Fund wurde am Sonntag nachmittags gegen 3 Uhr von Ausflüglern an der Nordbahn gemacht. Sie fanden dort in der Nähe des Posthauses Eistedt zwischen Wittenwerder und Summit an einer einsamen, wenig besuchten Stelle drei schon erkaltete Leichen, die einer etwa 40-jährigen Frau und zweier Kinder im Alter von 8-10 Jahren. Die Leichen im Walde dicht nebeneinander mit mehreren Messerschneidern zwischen und in den Händen, als ob sie im Schlaf erschossen wären. Waffen wurden nicht mehr vorgefunden. Ein Kampf scheint nicht stattgefunden zu haben. Der sauberen Kleidung nach zu urteilen, scheinen die Toten dem Mittelstande anzugehören und einen Ausflug unternommen zu haben. Personen, die in der Nähe weilen, wollen früh um 8 Uhr mehrere Schüsse gehört haben. Die Leichen wurden beiläufig mit Papieren versehen bei den Toten nicht gefunden. In Bergfelde, Summit, Hohensteinborf und Wittenwerder herrschte über diesen Fund ebenfalls eine ge-wisse Erregung.

Erschossen aufgefunden wurde am Sonntag nachmittags an den alten Schießständen des Garde-Jäger-Regiments, in der Nähe des Spandauer Weges, die Leiche eines unbekanntem, etwa 20-30 Jahre alten Mannes, der offenbar Selbstmord verübt hat. Der Tot ist kaum mittelgroß, hat dunkelblondes Haar und einen ebensolchen, gestuften Schnurrbart und trug einen braun-farbenen Jagdsack, Normal-Unterwäsche, schwarze Schür-farbe und ein weißes Hemd. Bei sich hatte er ein weißes, blaueschneides Taschenmesser mit dem Namen R. G. und eine silber-ne Uhr mit Ketten. — Mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden wurde der 60 Jahre alte Goldschmied Peter Behrens aus der Sebastianstraße 23. Ob es sich um einen Unglücksfall oder Selbstmord handelt, ist nicht bekannt.

Einsprüche in städtische Turnhallen wurden in Neudän in den letzten Nächten an drei verschiedenen Stellen verübt. Die „Spezialisten“ drangen nacheinander in die Turnhallen in der Eichen- und Hietzenstraße und am Mariendorfer Weg ein, und schnitten in diesen von den Turngeräten die Lederbezüge ab. Der Stadt ist dadurch ein empfindlicher Schaden entstanden. — Waren-hauseinbrecher suchten das Kaufhaus von Josef in der Groß-gärchenstraße 1 heim. Sie stahlen dort u. a. 16 Strickjaden, 11 Sommermäntel, 12 Kostüme, 30 Mäntel, Wäsche usw. im Ge-samtbetrage für über 50 000 Mark und außerdem aus dem Geld-schub noch 10 000 Mark. Auf die Wiederherbeibringung des Diebesgutes sind 10 Prozent Belohnung ausgesetzt.

Tempelhof. 2000 Reichstagswähler sind nach den Wahlen zur Groß-Berliner Stadtverordneten-Wahl geblieben. Einrichtnahme in die Wählerliste muß sofort vorgenommen werden. Jeder, der seine Wählerkarte erhalten, nehme einen Ausweis mit, aus dem zu ersehen ist, daß er schon seit einem Jahre in Groß-Berlin wohnt.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Die Kinder im Alter von 6-7 Jahren sind infolge der Verhältnisse im letzten halben Jahre ohne jeglichen Milchgenus geblieben. Nunmehr soll auf den Abschnitt 8. I der Nahrungsmittelkarten in den nächsten Tagen eine Belieferung mit 1/4 Liter Milch erfolgen. Es ist deshalb notwendig, daß sich diejenigen Bezugberechtigten, die sich noch nicht angemeldet haben, umgehend bei ihrem Milchhändler anmelden.

Von den Organisationen.

- Wahlkomitee Berlin-Mitte. Heute 7 Uhr Sitzung Kleine August-straße 14. Sämtliche Adressen der aufgestellten Kandidaten sowie die notwendigen Unterschriften sind mitzubringen.
1. Bezirk. Dienstag 7 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Schäfer, Schönstr. 56. Die Obmänner der Kommissionen müssen amwesend sein.
 2. Bezirk. Dienstag 7 Uhr öffentliche Wählerversammlung Schul-aula, Kalmstr. 15. — Mittwoch 7 Uhr Bezirksleiter-Konferenz bei Wiemers, Bülowstr. 58. — Donnerstag 7 Uhr Extra-Zahlabend in den Zahlabend-Lokalitäten; alles einladen.
 3. Bezirk. Parteigenossen, die am Tage der Wahl in Jüterbog und Belgau helfen wollen, bitte sich zu melden am Mittwoch 7 Uhr bei Helmuth, Köplicher Str. 38. Bringende Hilfe ist notwendig.
 4. Bezirk. 2. Abteilung. Dienstag 6 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.
 5. Bezirk. Heute abend 7 Uhr öffentliche Volksversammlung im Gemeindefesthaus. Referent: Gen. Dr. Herz. — Die Funktionäre halten vorher — pünktlich 1/7 Uhr — eine wichtige Besprechung im Saal 5 ab.
 6. Bezirk. Heute Dienstag Flugblattverbreitung. Abteilungs-führer Flugblätter von der Expedition Werner, Orfischwalder Str. 29, abholen.
 7. Bezirk. Mittwoch pünktlich 7 Uhr engere Vorstandssitzung bei Faust, Baitstr. 1. — 8. Abteilung: Öffentliche Wählerversammlung Dienstag 7 Uhr in der Schulaula, Köplicher Str. 27.
 8. Bezirk. 2. Abt. Mittwoch 7 Uhr sämtliche Bezirke Extra-Zahlabend.
 9. Bezirk. Frauerversammlung Donnerstag 7 Uhr in der Schul-aula, Pflanzstr. 12.
 10. Bezirk. Bezirksleiter-Konferenz heute 7 Uhr. Sämtliche Funk-tionäre müssen, Eiche Borsigstraße.
 11. Bezirk. Heute 7 Uhr bei Kroll, Utechtier, Eiche Hennig-sdorfer Straße Fraktionsführung der Elternbeiräte.
 12. Bezirk. 2. Gruppe. Mittwoch 7 Uhr Extra-Zahlabend bei Walsche, Kurfürststr. 113. Wegen der Wichtigkeit Erscheinen aller notwendig.
 13. Bezirk. 7. Gruppe. Mittwoch 7 Uhr bei Thonack, Wieland-straße 4, Extra-Zahlabend.
 14. Bezirk. 2. Gruppe. Heute abend öffentliche Volksversammlung in der Ober-Realschule am Seepark: „Wahl und Parteiführer“. Referent: Gen. Däumig.
 15. Bezirk. Mittwoch 8 Uhr bei Grömmocher, Berlinstr. 61, Sitzung der kommunalen Kommission.
 16. Bezirk. Heute abend 8 Uhr bei Schilling, Königin-Luise-Str. 42, Wählerversammlung. Referent: Robakauer, Grömmocher.
 17. Bezirk. 1. Viertel. Donnerstags Extra-Zahlabend in Gruppen. — Mittwoch 7 Uhr Funktionärsitzung bei Rau.
 18. Bezirk. Mittwoch 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Steinhilf, Alt-Stralau 6. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl.
 19. Bezirk. Mittwoch 7 1/2 Uhr in der Kula, Boelck-Promenade, außerordentliche Mitgliederversammlung.
 20. Bezirk. 2. Gruppe. Mittwoch 8 Uhr bei Pöhl in Köpenick, Siemensstraße, Extra-Zahlabend.
 21. Bezirk. 2. Gruppe. Donnerstag 7 Uhr bei Imberg. — Mittwoch 7 Uhr in allen Bezirkslokalitäten Extra-Zahlabend.
 22. Bezirk. Dienstag 8 Uhr außerordentliche Mitgliederver-sammlung bei Freyer, Friedrichstr. 9. Aufstellung eines Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.
 23. Bezirk. 2. Gruppe. Extra-Zahlabend Mittwoch 8 Uhr im Restau-rant Loge, Auguststraße. Tagesordnung: Einstellung der Wohlarbeit. Und-Ningke Notwendigkeit ist das Erscheinen jedes Genossen und jeder Genossin.

Bereinstatender.

- Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Techniker. Öffentliche Ver-sammlung Mittwoch, den 2. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der „Sophien-Halle“, Köpenicker Str. 17/18 (Nähe Bahnhof Borsig). „Wie muß der Techniker wählen?“ Referent: Ing. Hugo Peterlein.
- Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein Berlin-Nord-berg. Die nächste Monatsversammlung findet Freitag 7 Uhr im Vereinslokal statt.
- Zentralverband der Angehörten. Fachgruppe 5b (Patent-amtlingsangehörige) Mitgliederversammlung Mittwoch, den 2. Juni, 4 1/2 Uhr, in der „Biologische“, Belle-Alliance-Str. 106. — Fachgruppe 7 (Waren-, Kaufhäuser und Spezialgeschäfte) öffentliche Versammlung Mittwoch, 2. Juni, 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hofenstraße 108. — Fachgruppe 11a (Feinmechanik und Optik) Mitgliederversammlung Mittwoch, 2. Juni, 6 1/2 Uhr, Verbondlokal, Belle-Alliance-Str. 7/10 (Klotz Saal).
- Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin. Mittwoch 1/2 Uhr in Courmanns Pflanz-stein, Reimstr. 27, kombinierte Vertrauensmännerführung sämtlicher Standorte.
- Zentralverband der Fleischer. Bezirksversammlungen am Don-nerstag Bezirk Schöneberg-Arlsdorfer-Str. 17/18 7 Uhr im Lokal von Berg, Reimstr. 18, am Freitag Bezirk Charlottenburg. — Bezirk Chor-lottenburg-Wilmersdorf 6 1/2 Uhr im Chorlottenburger Volkshaus, Rosenstr. 3. — Bezirk Prenzlauer-Berg-Schönhausen 7 Uhr im Lokal von Engel, Pankow, Mühlentstr. 45. — Am Freitag, den 4. Juni, Be-zirk Reinickendorf-Wittenau-Teegl 7 Uhr im Lokal von Vogl, Rein-ickendorf, Provinzstr. 113. — Bezirk Spandau 6 1/2 Uhr im „Alten Rathaus“, am Markt.
- General-Listerale. Zur Besprechung über den Zusammenbruch werden die Mitglieder zum Mittwoch, den 2. Juni, und zum Don-nerstag, den 3. Juni, je abends 7 Uhr nach dem Vereinslokal Volkshaus, Straße 120 a, 3 Treppen, vom Bund zur Belebung der Wohnungsent-eignen eingeladen.
- Sozialistische Arbeiterjugend, Kolonnenbezirk Obersee. Mitt-woch im Jugendheim Stralau, Gemeindefesthaus: 11-12 Uhr. — Jüdische Arbeiterjugend Charlottenburg. Sitzung Mittwoch abend 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Stehberghalle, Vortag.
- Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebknecht, Friedenau, Berolinastraße 1 b. Informativ: Ludwig Kaminer, Karlshof, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, s. O. m. b. H., Berlin. — Druck der Verbandsdruckerei und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Baustellen
Parzellen mit und ohne Wald-
bestand
Gemeinde Hellgensee am Schulzendorf
beste Anlage für Ersparnisse
mit nur
M. 300
Anzahlung und vierteljährlicher Abzahlung von
M. 100
Auskünfte und Pläne an nur große Realitäten,
und zwar persönlich durch
Berliner Bodenverein
Mittelstraße 56, Ecke Prindstraße
An Ort und Stelle durch Hemmann, Jägerweg 8,
und Herrn Vernecke.

Genossen, eilen Sie, bevor die Preise noch tiefer sinken!
Kaufen Sie **Platin**-Bruch, Kontakte, Holzbohrer, tägliche, elektrische Brennstoffe usw.
Alte Gebisse Gold- und Silberbruch, auch einzelne Zähne bis 20, 25, 75 M. Bestes Absatzgebiet für Händler und Zahnärzte.
Metalleinkauf West Berger & Knaak, Pariser Str. 49
Kein Laden, keine Umlandstraßen, keine Fernfahrten, Umland 1159 Fahrgehalt wird bei Ankauf vergütet. Fahrverbindungen: 62, 66, 67, 78, 90, 162, P. O. A. J. L. O. Hochbahn Hohenzollernplatz.

Altmetalle Quecksilber, Zinn, Stahl, Silberbruch usw., kauft zu höchsten Preisen Metall-schmelze, Präzisions-instrumente, 17, neben Wertheim (Montagplatz).

Armeepistolen und Jagdwaffen kaufen zu hohen Preisen F.W. Vanderschuer, Hauptstr. 90, Berlin SW 65, Lindenstr. 90

Messing schwer 4,25 schwer 3,50
schwarz 3,50
Invalidenstraße 142

Spiralbohrer
Werkzeuge
Fäulen
Schmirgelleinen
Holz- u. Maschinenschra. b.
Nägel sowie Zinn
Jeden Posten kauft dauernd Klempner, Heidenfeldstr. 7. Telefon: Alex. 85, und Ackerstr. 51, H. Hof, Haks.

Stoffe
für Anzüge, gut und billig.
Tuchlager Fritz Dierig,
Alte Schaubauer Straße 3 H.

Kuernerhoiden
schwimmen schnell und
schmerzlos durch Myo-balanum, sicher be-währte Bussi, An-wendung M. 7,50 Otto Reichel, Berlin 46, Rosenstraße 4

Metallankaufsstelle
Osten,
Grüner Weg 80,
vis-à-vis der Markthalle
mit 400000 Lager für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink usw.

Kupfer
Messing
Blei, Zink
Quecksilber
zahlreiche Tages-
preise
Prenzlauer Allee 25
Eing. Raastr. 17.

Elektromotoren
Gleichstrom u. Drehstrom
kaut
Ingenieurkureau Schlichling
Berlin W 2, Lankstr. 10.
Tel.: Lützow 3705 und 6518

Unserm Genossen
Paul Spindler
und seiner Frau
zur Silberhochzeit
herlichen Glückwünsch.
Der Bezirk 297.

Neu eröffnet!
Ich zahle die höchsten Preise
für sämtliche Metalle
**Kupfer, Messing,
Zink, Blei usw.**
Lathinger Str. 58 am
Rosenthaler Platz.